

## „Ich verlange Respekt“

*Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck, 56 (SPD), über Fehler bei der Wiedervereinigung, Ärger mit seinem linken Koalitionspartner und seine Forderung, alle Bonner Standorte der Bundesregierung zu schließen.*

*SPIEGEL:* Herr Platzeck, vor zwanzig Jahren wurde der Einigungsvertrag über den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik unterzeichnet. Feiern Sie das Jubiläum?

*Platzeck:* Wir feiern vor allem 20 Jahre Brandenburg und gedenken natürlich der deutschen Einheit. Aber den Einigungsvertrag? Ich weiß nicht, was es da zu jubeln gibt. Wir haben jedenfalls nichts geplant.

*SPIEGEL:* Sie sprachen sich schon als grüner Volkskammerabgeordneter gegen den Beitritt aus. Und jetzt sind Sie immer noch dagegen?

*Platzeck:* Wir wollten keinen Beitritt, wir wollten ein gleichberechtigtes Zusammengehen mit neuer Verfassung und neuer Hymne, wir wollten Symbole für einen echten, gemeinsamen Neuanfang. Durchgesetzt haben sich andere.

*SPIEGEL:* Sie klingen bitter.

*Platzeck:* Nein, das ist nicht mein Naturell. Aber es gab genug bittere Momente. Der Verhandlungsführer der alten Bundesrepublik, Wolfgang Schäuble, hat damals sinngemäß gesagt: Wir nehmen euch, wir bezahlen alles, aber übertreibt es nicht mit euren Forderungen. Das Resultat dieses Prozesses ist zwar unzweifelhaft positiv. Die Einheit ist eine große Leistung. Aber die Defizite, die Probleme, die Klagen haben auch mit dieser westdeutschen Haltung des Jahres 1990 zu tun. Wir haben es uns unnützlich schwer gemacht.

*SPIEGEL:* Warum?

*Platzeck:* Vielen Ostdeutschen wurde das Gefühl vermittelt, ihr ganzes voriges Leben sei sinnlos gewesen, sie müssten alles wegwerfen, es war alles Stasi und alles ideologieverseucht. Ich bin gewiss kein Nostalgiker. Aber so weit ich mich erinnere, sind wir nicht jeden Tag gebückt in unsere Betriebe gegangen.

*SPIEGEL:* Es klingt fast so, als würde der 3. Oktober, der Jahrestag der Wiedervereinigung, für Sie zum Volkstrauertag.

*Platzeck:* Ich war damals 1990 jedenfalls nicht euphorisch. Die Richtung stimmte: mehr Sicherheit, mehr Rechtsstaat. Es gab viel Geld aus dem Westen, für das wir dankbar sind, es gab viele Aufbauhelfer, die gute Arbeit geleistet haben. Aber an diesem Tag begann auch die gnadenlose Deindustrialisierung Ostdeutschlands. Arbeitslosigkeit zog in nahezu jede Familie ein. Mit diesem Tag des Beitritts verbinden viele bei uns deshalb nicht nur gute Gefühle. Diese „Anschlusshaltung“ ist verantwortlich für viele gesellschaftliche Verwerfungen bei uns nach 1990. Es fehlten selbst kleinste symbolische Gesten gen Osten – nicht mal der grüne Pfeil schaffte es ohne Debatte.

*SPIEGEL:* Der Umzug der Bundesregierung von Bonn nach Berlin war doch solch ein Symbol des Neuanfangs.

*Platzeck:* Dieser Umzug war richtig. Aber er war halbherzig. Es ist doch ein Aberwitz, wie viel da bis heute gependelt wird. Damit muss nun Schluss sein. Wir müssen den Rest der Regierung endlich nach Berlin holen.

*SPIEGEL:* Bonn wurde etwas anderes versprochen. Ohne die dauerhafte Garantie für einen zweiten Regierungsstandort am Rhein hätte es nie eine Mehrheit für den Umzug gegeben.

*Platzeck:* Bonn ist Partnerstadt von Potsdam und liegt mir sehr am Herzen. 1994 war der Beschluss wichtig, vor allem für Bonn. Die Stadt hat sich bestens entwickelt, hat mehr Einwohner und weniger Arbeitslose. Nach all den Jahren darf man da wohl fragen: Ist eine gespaltene Regierung noch sinnvoll? Ich finde, der letzte Schritt muss

endlich getan werden. Das ist nicht nur eine Frage des Geldes sondern auch der Effizienz. In unserer komplexen Welt muss im Regierungshandeln ein Rädchen ins andere greifen. Die Ministerien dürfen nicht länger durch Arbeit an zwei Standorten Reibungsverluste produzieren. Ich lade also herzlich ein nach Brandenburg und Berlin.

*SPIEGEL:* Im Gegenzug könnten Sie wenigstens auf ein anderes Relikt der Vereinigung, nämlich den Solidaritätszuschlag, verzichten.

*Platzek:* Jegliche Kürzungen bei den Staatseinnahmen halte ich derzeit für töricht. Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat. Der Solidaritätszuschlag, den wir im Osten auch zahlen, muss bleiben.

*SPIEGEL:* Aber er wurde für den Aufbau Ost eingeführt. Und dieser Aufbau ist doch weitgehend gelaufen. Die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern ist so niedrig wie zuletzt 1991.

*Platzek:* Wir haben gut zwei Drittel des Weges geschafft. Wir stellen uns auf die jetzt schon jährlich sinkenden Zuschüsse ein. Aber wir brauchen noch Hilfen, sonst erreichen wir das gemeinsame Ziel nicht. Und die niedrige Arbeitslosigkeit hat nicht nur mit dem stabilen Wachstum in wichtigen Branchen zu tun.

*SPIEGEL:* Sondern?

*Platzek:* Es gibt demografische Gründe. Auf dem Arbeitsmarkt wird nun der Geburtenrückgang nach der Wiedervereinigung wirksam. Außerdem sind Millionen unserer Bürger in den Westen abgewandert – was übrigens eine weitere Legende über die Einheit widerlegt.

*SPIEGEL:* Welche?

*Platzek:* Damals wurde auf einen schnellen Anschluss statt gleichberechtigter Vereinigung gedrängt, weil sonst Millionen DDR-Bürger gen Westen ziehen würden.

*SPIEGEL:* Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, gehen wir zu ihr – so riefen die Demonstranten.

*Platzeck:* Genau. D-Mark und Anschluss kamen dann sehr schnell, und die Leute sind trotzdem weggezogen. Wir hätten uns also genauso gut Zeit für einen echten Einheitsprozess lassen können.

*SPIEGEL:* Aber warum gibt es auch 20 Jahre später immer wieder Streit? Sie nörgeln immer noch am Einigungsprozess herum und Geberländer wie Bayern oder Baden-Württemberg kämpfen aktuell gegen den Länderfinanzausgleich, der gerade dem Osten hohe Summen garantiert.

*Platzeck:* Das Spiel kenne ich. Jeder neue Ministerpräsident im Süden stellt erstmal den Länderfinanzausgleich in Frage. Das ist ein Ritual. Da sage ich: Hände weg! Wer an den Länderfinanzausgleich ran will, der legt die Axt an unser Gemeinwesen. Der Anspruch, ähnliche Lebenschancen in ganz Deutschland zu organisieren, darf nicht in Frage gestellt werden.

*SPIEGEL:* An der erfolgreichen Geschichte der süddeutschen Länder könnte sich Ihr Land aber durchaus orientieren.

*Platzeck:* Das tun wir. Die Bayern, die 37 Jahre hintereinander selbst vom Länderfinanzausgleich profitierten, sind heute stolz, selbstbewusst. Da sage ich: Wir Osis können auch mit breiter Brust rumlaufen. Wir haben einen Transformationsprozess geschafft, den kein Westdeutscher durchmachen musste. Wir können das Kreuz durchdrücken.

*SPIEGEL:* Ihr neuer Koalitionspartner, die Linkspartei, macht aber regelmäßig mit Nostalgie und Enttäuschung Stimmung.

*Platzeck:* Es gab in der Tat bei der Linken und ihrer Vorgängerpartei PDS Versuche, aus dem Frust politisch Kapital zu schlagen. Das war kein Beitrag zur inneren Einheit. Jetzt, in der Regierungsverantwortung in Brandenburg, muss sie zeigen, ob sie nur Probleme benennen kann. Oder ob sie auch Lösungen parat hat.

*SPIEGEL:* In einem SPIEGEL-Essay haben Sie einen tiefen Riss quer durch die ostdeutsche Gesellschaft diagnostiziert. Ist der inzwischen geheilt?

*Platzek:* So mechanistisch geht das nicht. Auf jeden Fall haben wir im Land wichtige Debatten über unsere Vergangenheit und den Zustand der Gesellschaft. Sie waren und sind heftig...

*SPIEGEL:* ... auch weil viele Ihrer alten Freunde aus der Bürgerrechtsbewegung nicht verstehen können, warum Ihr Vorstoß zur Versöhnung mit den SED-Eliten gleich zu einer Regierungsbeteiligung ihrer politischen Erben führen musste.

*Platzek:* Mir ging und geht es um die Demokratie. Wir müssen die, die abseits stehen, einbinden. Dazu gehören auch diese Linke und ihre vielen Wähler. Die Linke ist – ob ich das will oder nicht – im Osten Volkspartei und muss entsprechend Verantwortung für unsere Demokratie übernehmen. Dass auch deren Wähler nicht außen vor bleiben, ist wichtig für unsere Gesellschaft.

*SPIEGEL:* Im Zuge Ihrer Koalitionsverhandlungen ging es dann aber häufig um die Stasi-Vergangenheit Ihrer neuen Partner, etwa der Linken-Fraktionschefin Kerstin Kaiser; dazu gab es immer wieder Enthüllungen über Spitzel-Berichte von Landtagsabgeordneten der Linken.

*Platzek:* Das ist ein reinigender Prozess. Die Linke musste sich dadurch Fragen stellen, denen sie lieber ausweicht.

*SPIEGEL:* Warum hat Brandenburg die Vergangenheit etwa von Schulhausmeistern überprüft, nicht aber die von Politikern?

*Platzek:* Das war ein Fehler. Wir hatten in Brandenburg über mehr als zehn Jahre tatsächlich Defizite in dieser Frage. Seien wir doch aber ehrlich: Die Vergangenheitsdebatte war in unserem Land seit Mitte der 90er Jahre tot, weil sie einseitig fixiert war auf Manfred Stolpe. Bist Du für oder gegen Stolpe, das war die

Schlacht, die auch der SPIEGEL führte. Das hat die große Mehrheit der Brandenburger nur noch genervt.

*SPIEGEL:* Ihr Vorgänger war einfach nicht bereit, sich seiner Vergangenheit zu stellen.

Finden Sie, dass das richtig war?

*Platzek:* Stolpe hat sich wie kein anderer ostdeutscher Politiker einer öffentlichen Debatte dazu gestellt, denken Sie nur an den Untersuchungsausschuss zu seiner Rolle in der DDR. Und nach drei Jahren Debatte haben die Brandenburger dazu ihr Votum abgegeben: Stolpe und die Brandenburger SPD erhielten 1994 die absolute Mehrheit. Im Gefolge ist Notwendiges unterlassen worden. Doch das ist Geschichte. Jetzt wird jedenfalls gehandelt. Wir verändern Lehrpläne und haben auf meinen Vorschlag hin eine Diktaturbeauftragte. Ich hoffe, dass Täter und Opfer freier, offener ins Gespräch kommen können. Versöhnung aber ist individuell und braucht Zeit.

*SPIEGEL:* Also wird erstmal weitergestritten, zum Beispiel aktuell darüber, ob die Landwirtschaft in Ihrem Land immer noch vom alten Geist der Zwangskollektivierung geprägt sei. Wann, glauben Sie, wird Brandenburg die DDR denn los?

*Platzek:* Das Urteil über die Zwangskollektivierung ist gesprochen. Die DDR ist seit 20 Jahren tot. Ich kenne keinen erstzunehmenden Menschen, der sie wiederhaben will. Brandenburg ist ein modernes Land. Bei erneuerbaren Energien sind wir spitze in Deutschland. Ich bitte nur alle Zugezogenen: Wer hierher kommt, soll sich mit unserem besonderen Werdegang beschäftigen, bevor er urteilt. Ich verlange Respekt vor den Ostdeutschen.

*SPIEGEL:* Ihr Land wird seit 20 Jahren von Ost-Ministerpräsidenten regiert, die auf ihre Herkunft großen Wert legen. Und dennoch sind in der zweiten Reihe der Administration alles Westler.

*Platzek:* Das ist so ein Verwaltungstrott: Du musst soundso viel Jahre Verwaltungserfahrung haben, um in bestimmte Funktionen zu kommen. Da kamen

Ostis nicht in Frage. Heute, bei Neueinstellungen, spielt Ost und West zum Glück keine Rolle mehr.

*SPIEGEL:* Die innere Einheit – da ist sie also?

*Platzeck:* Für mich gibt es da ein Symbol. Als Christian Wulff als niedersächsischer Ministerpräsident eine Frau aus Brandenburg zur Ministerin machte, wurde er gefeiert – er hatte die erste Ostdeutsche zur West-Ministerin erhoben. Erst wenn dies kein Grund zum Feiern ist, sondern Normalität, dann haben wir die innere Einheit. Wir haben keine Mauer mehr zwischen Ost und West, aber eine Wand, die nicht in beide Richtungen durchlässig ist.

*SPIEGEL:* Andere Ministerpräsidenten Ihrer Generation – Roland Koch etwa oder Ole von Beust – haben mitten in der Legislaturperiode ihr Amt aufgegeben, um noch einmal etwas Neues auszuprobieren. Sind Sie der nächste, der davonläuft?

*Platzeck:* Ich will das Verhalten der Kollegen nicht kommentieren. Aber ich bin Preuße. Ich habe vom Vater gelernt, meiner Sache treu zu bleiben. Ich bin gewählt worden, ich habe einen Eid abgelegt. Ich liebe dieses Land.

*SPIEGEL:* Und Sie halten durch bis zum Ende der Legislatur?

*Platzeck:* Das ist jedenfalls mein Plan.

*SPIEGEL:* Herr Platzeck, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.